



www.fgv.at

gesUND & sozial

Neue Medikamente
und Therapien

Erfolg im Kampf gegen den Krebs

Seite 4

*Der Mensch ist aber
noch immer der
entscheidende Faktor.*

ÖGB/ARGE-FGV Seminarprogramm 2013

Da es in letzter Zeit immer wieder Schwierigkeiten bei der Anmeldung zu unseren Seminaren gab, haben wir uns entschlossen den Anmeldevorgang zu ändern. Ab jetzt können Sie sich direkt an die Ansprechperson Ihrer Gewerkschaft wenden und sich somit gleich erkundigen, ob noch ein Platz frei ist. Die Reihung geht nach Anfragedatum und wenn Sie wollen können Sie sich gleich für Ihr gewünschtes Thema registrieren lassen.

Ihre Ansprechpersonen sind:

- GPA-djp** Mitglieder: Gabriele Papp, gabriele.papp@gpa-djp.at
GÖD Mitglieder: Barbara Obermüller, barbara.obermüller@goed.at
GdG-KMSfB Mitglieder: Silvia Kroneiser, silvia.kroneiser@gdg-kmsfb.at
vida Mitglieder: Jennifer Koch, jennifer.koch@vida.at

Leistungen:

Für die Teilnahmegebühr, die Unterkunft, das Essen (Früh, Mittag, Abend) sowie die An- und Abreise ist die ÖGB/ARGE-FGV zuständig, aufgenommen für die Seminare in Wien.

Seminare für 2013:

- Mo. 9.9./12:00 bis Mi. 11.9./12:00
Burn Out
im Seminarhotel Hirschwang; Hirschwang 11, 2651 Reichenau
- Mi. 11.9./12:00 bis Fr. 13.9./12:00
Gesundheitsförderung (Grundkurs)
im Seminarhotel Hirschwang; Adr. s. o.
- Mo. 30.9./12:00 bis Mi. 2.10./12:00
Gesundheitsförderung
(Aufbaukurs nur nach Absolvierung des Grundkurses zu besuchen!!!)
im Seminarhotel Hirschwang; Adr. s. o.
- Mo. 2.10./12:00 bis 4.10./12:00
Sterbe- und Trauerbegleitung
im Seminarhotel Hirschwang; Adr. s. o.
- Mo. 14.10./9:00 bis Di. 15.10./17:00
Konstruktive Kommunikation in beruflichen Konfliktsituationen
im Bildungszentrum der AK Wien; Theresianumgasse 16-18
Achtung keine Unterkunft möglich, Mittagessen steht unentgeltlich zu Verfügung
- Mi. 16.10./13:00 bis Fr. 18.10./12:00
Führung leicht gemacht
im Bildungszentrum der AK Wien; Theresianumgasse 16-18
Achtung keine Unterkunft möglich, Mittagessen steht unentgeltlich zu Verfügung

Sollten sich Änderungen ergeben oder noch Seminare dazukommen wird dies auf der Homepage www.fgv.at und in dieser Zeitschrift veröffentlicht. Eine Anmeldung über unsere Homepage ist jederzeit möglich.

Karl Preterebner
Bundessekretär der ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe
Chefredakteur



Gratulation an Christoph Redelsteiner

Die ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe freut sich, unseren Kollegen Christoph Redelsteiner zur Ernennung zum Professor (FH), die am 22. April an der FH St. Pölten stattfand, gratulieren zu können,



Christoph Redelsteiner ist seit 2003 als Lektor im Fachbereich Soziale Arbeit tätig, seit September 2010 als Dozent. Er ist Diplomsozialarbeiter sowie Gesundheitswissenschaftler und verfügt über umfassende Erfahrungen aus der Arbeit bei Rettungsdiensten und in der präklinischen Krisenintervention in den USA, Deutschland und Österreich. Obwohl er bereits das Doktoratslevel erreicht hat, arbeitet er derzeit an einer weiteren Dissertation zu Health an der Universität Bielefeld. Wir dürfen ihm weiterhin viel Glück wünschen und freuen uns über seinen Erfolg.

80 Jahre ÖGKV

Wir gratulieren dem Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverband und seiner Präsidentin Ursula Frohner zu seinem 80-jährigen Bestehen sehr herzlich und freuen uns auf eine weitere konstruktive Zusammenarbeit für unsere Kolleginnen und Kollegen in den Gesundheitsberufen. Alles Gute!



INHALT

Coverstory	Erfolg im Kampf gegen den Krebs Der Mensch ist immer noch der entscheidende Faktor	4
GPA djp	Soziale Dienste in Österreich Eine neue Publikation von Dr. Tom Schmid	6
vida	Kürzere Arbeitszeit für alle Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe	7
GÖD	Gegen Tyrannei der Märkte Papst Franziskus fordert Reform der Finanzmärkte	9
ÖGB ARGE FGV	Konstituierung der ARGE-FGV Die Bundes- und Landesbeiräte in Übersicht	10
	„Uns reicht es!“ Beschäftigte in den OÖ Ordensspitäler protestieren	11
	Schutz vor Mobbing Prävention und Intervention sollen verhindern	13
Aktuell	Ende der Blockade Aufwertung der nicht ärztlichen Gesundheitsberufe	14
Aktuell	6. Urlaubswoche für Personal in den Gesundheits- und Sozialeinrichtungen	15

Impressum

Herausgeber und Verleger: ÖGB/ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe, Maria-Theresien-Str. 11, 1090 Wien
Chefredakteur: Karl Preterebner, T: 01/313 16-836 63, E: karl.preterebner@gdg-kmsfb.at
Redaktionsadresse: ÖGB/ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe, Maria-Theresien-Straße 11, 1090 Wien
Verlags- und Herstellungsort: Wien. ZVR-Nummer: 576439352
Redaktion/Layout/Grafik: Agentur Steinschütz-Winter, 3420 Kritzensdorf, Hauptstraße 178, T: 02243-28 926, E: agentur@steinschuetz.at
Anzeigen/Marketing: Fritz Schmalldienst, T: 0664-85 39 721, M: ufritz@aon.at; Gerhard Steinschütz, T: 0650-28 926 00, M: gerhard@steinschuetz.at
 Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.
Fotonachweise: Alle Bilder, die nicht extra gekennzeichnet sind, wurden von den Autoren bzw. der ÖGB/ARGE-FGV zur Verfügung gestellt.

Josef Zellhofer
Bundesvorsitzender der ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe



„Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!“

Wenn eine Patientin, ein Patient mit der Diagnosestellung Krebs konfrontiert wird, befinden sie sich in einen Ausnahmezustand. Der Mensch, als Patient, aber auch das betreuende Personal, steht im Mittelpunkt. Es geht um die Psyche auf beiden Seiten. Hohe psychische Belastung, besonders bei unseren jüngeren Kolleginnen und Kollegen, kann man durch Teamarbeit und Hilfe von älteren und erfahrenen MitarbeiterInnen abfangen. Die Organisationen sind gefordert, dieser Herausforderung gerecht zu werden und nicht nur auf Zahlen, Daten oder Fakten, sondern auf die Menschen zu schauen. Auch die Eigentümer der Krankenanstalten und die Politik können sich nicht aus dieser Verantwortung stehlen. Langfristige Personalentwicklung sowie der Fokus auf Fachkompetenz bei den Pflegepersonen ist gefordert.

Mit einer Novellierung des Hebammen- und des Kinderbetreuungsgesetzes will das Gesundheitsressort Frauen in der Schwangerschaft noch besser unterstützen. Zukünftig umfasst das Mutter-Kind-Pass-Untersuchungsprogramm laut Regierungsvorlage auch eine vorgeburtliche Beratung der werdenden Mutter durch eine Hebamme, und zwar im Ausmaß einer Stunde zwischen der 18. und 22. Schwangerschaftswoche. Das soll nicht nur den normalen Verlauf der Schwangerschaft unterstützen, sondern auch zum Abbau von Ängsten sowie zur Reduktion der hohen Anzahl an Kaiserschnittgeburten in Österreich beitragen.

Die Fachgruppenvereinigungen der ÖGB/ARGE haben sich konstituiert und sind bereit, sich weitere vier Jahre für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen in den Gesundheits- und Sozialberufen einzusetzen (siehe auch Seite 10). Ich wünsche den Bundes- und Landesbeiräten sowie den Landesvorständen viel Erfolg und möchte ihnen meine vollste Unterstützung bei ihrer Tätigkeit zusichern.

Allen Kolleginnen und Kollegen darf ich einen schönen und erholsamen Urlaub wünschen.

Erfolg im Kampf gegen den Krebs

Franz Fischill

Die moderne Krebsmedizin der letzten zehn Jahre hat Leben verlängert und Lebensqualität verbessert. In Österreich werden Betroffene nach den aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnissen therapiert. Dabei liegt unser Land im europäischen Vergleich unter den Top 5 Ländern mit den längsten Überlebensraten bei Krebs und ist – neben Frankreich, der Schweiz und den USA – führend in der Anwendung neuester Krebsmedikamente.

Krebs ist nach den Herz-Kreislauf-Erkrankungen die zweithäufigste Todesursache in Österreich. Jeder vierte Österreicher stirbt daran. Am häufigsten zum Tod führen Krebserkrankungen in der Lunge, im Magen, in der Leber, im Darm, in der Brust und im Gebärmutterhals. Rund ein Drittel der Krebsfälle könnte verhindert werden, beispielsweise durch die Vermeidung von Risikofaktoren wie Alkohol und Tabak, mehr Bewegung und ausreichend Sonnenschutz.

Enorme Fortschritte

Im letzten Jahrzehnt konnten bei einer Reihe von Tumorarten die Heilungsraten erhöht, die Überlebenszeit verlängert und die Lebensqualität verbessert werden. Das relative 5-Jahres-Überleben ist in Österreich signifikant gestiegen: 1985 überlebten 4 von 10 Krebspatienten länger als fünf Jahre, 2005 waren es bereits sechs von zehn. Patienten haben frühen Zugang zu Studien mit modernsten Wirkstoffen: In Österreich sind z.B. 30 Prozent der Brustkrebs-Patientinnen in klinische Studien eingebunden. Patienten, die an Studien teilnehmen, leben erwiesenermaßen länger als andere. Dies gilt nicht nur für frühe, sondern auch für fortgeschrittene Tumorstadien. Beispielsweise haben vor zehn Jahren Patientinnen mit metastasiertem Brustkrebs im Durchschnitt 22 Monate gelebt, heute leben sie fast dreimal so lange, nämlich 58 Monate.

Heilung ist immer das oberste Ziel einer Tumorthherapie. Da Krebserkrankungen jedoch äußerst komplex sind, ist dieses Ziel nicht bei jedem Betroffenen erreichbar. In diesen Fällen steht die Lebensverlängerung bei guter Lebensqualität im Vordergrund – hier konnten speziell durch moderne,

so genannte zielgerichtete Medikamente enorme Fortschritte erzielt werden.

Überfluss an Informationen

Die immer genauer werdende Diagnostik stellt die Mediziner jedoch auch vor völlig neue Herausforderungen. Sie können beispielsweise feststellen, dass bei einem einzelnen Patienten in einer Leukämie 20 Mutationen vorliegen – es kann jedoch sein, dass nur zwei oder drei dieser Mutationen die Erkrankung treiben, aber nicht bekannt ist, welche. Wenn gegen die falsche Mutation vorgegangen wird, verschwindet die Leukämie möglicherweise nur oberflächlich und es wird keine tatsächliche nachhaltige Heilung erreicht. Neben der Identifizierung der für das Tumorstadium verantwortlichen Mutationen ist es notwendig herauszufinden, welche der vielen neuen zielgerichteten Medikamente (Inhibitoren) – in nächster Zukunft werden 50 bis 100 neue Präparate verfügbar sein – exakt gegen die jeweiligen Mutationen wirken und diese dementsprechend selektiv einzusetzen. Dafür ist die Entwicklung elektronischer Tools erforderlich, die die Vielzahl an Daten aus der Sequenzierung auswerten und dem Arzt die Informationen darüber liefern, welches Medikament für welche Krebsform bzw. bei welchem Subtyp der Leukämie bei einem bestimmten Patienten wirkt.

Die Medizin bzw. die MedizinerInnen feiern die Erfolge – durchaus zurecht. Was aber fehlt und leider immer wieder vergessen wird ist, dass es um Menschen geht. Da geht es einmal um die PatientInnen, die mit der Diagnose Krebs konfrontiert sind. Egal welche Fortschritte die Medizin gemacht hat und noch immer macht, egal wie groß oder klein die Heilungschancen sind, für die

Betroffenen ist es ein Schock. Eine sofortige psychologische Betreuung ist nicht nur angebracht, sondern müsste eigentlich automatisch erfolgen. Was nützen alle modernen Medikamente, die beste Diagnostik oder die klügste Operationskunst, wenn die PatientInnen an ihrer Seele zu Grunde gehen?

Menschengerechtes Management ist gefordert

Die Erfahrung zeigt, dass der menschliche Kontakt immer wieder das berühmte Pünktchen auf dem i des Behandlungserfolges ist. Und da ist schließlich Teamarbeit im Sinne des Zusammenarbeiten und nicht als Management-Worthülse gefragt. Folgerichtig nützt das beste Medikament nichts, wenn PatientInnen in einem Krankenhaus mit schlechtem Management behandelt werden. Es muss endlich in die Köpfe der KrankenhausmanagerInnen und GesundheitsökonomInnen hinein, dass ohne ausreichendes Personal, ohne eine menschengerechte Organisation sowie vorausschauende Personalplanung und damit beste Ausbildung in allen Berufen des Gesundheitswesens jeder medizinische Fortschritt ins Leere läuft und letztendlich Kosten verursacht, die nicht notwendig sind. Jeder, der sich im Gesundheitswesen einigermassen auskennt, in der Praxis und nicht in der Theorie, kennt genügend Beispiele der Geldvernichtung durch schlechtes Management.

Alle, die unmittelbar mit den PatientInnen zu tun haben, stehen selbst unter einer enormen psychischen Belastung. Sie sind oft die wesentlichsten Bezugspersonen der PatientInnen, „leiden“ bei Verschlechterung des Gesundheitszustandes mit, oder freuen sich über Behandlungserfolge mit. Hier brauchen vor allem die jüngeren KollegInnen eine ständige Begleitung durch

Es sind nicht nur die neuen Medikamente und Therapien die im Kampf gegen den Krebs zum Erfolg führen. Der Mensch ist immer noch der entscheidende Faktor. Und das ist gut so.

Foto: © Sandor Kacso - Fotolia.com

erfahrene KollegInnen. Eine gute Arbeitsorganisation eröffnet diese Möglichkeit und es besteht die Chance der Weitergabe wichtiger Erfahrungen. Wenn das endlich erkannt wird, würden sich gleichzeitig viele andere Probleme lösen. KollegInnen mit langer Berufserfahrung könnten von körperlich anstrengenden Tätigkeiten entlastet werden und durch die Weitergabe ihrer Erfahrungen erhalten sie selbst Wertschätzung und Motivation.

Pflegeeinstufung NEU

Dass das alles keine Träumereien sind zeigt das Beispiel der Pflegeeinstufung Neu. Seit hier, anfangs gegen heftigen Widerstand von ärztlicher Seite und oft selbsternannter ExpertInnen, erfahrene KollegInnen zur Einstufung beigezogen werden, ist die Qualität gestiegen und die Verfahren werden seither rascher erledigt. Das behauptete erst kürzlich niemand geringerer als der dafür zuständige Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Und wenn dem so ist, liegt der Schluss nahe, dass dadurch viele Menschen in Österreich zufriedener sind. Ganz abgesehen davon zeigt dieses Beispiel, dass durch das Zusammenspiel von Medizin und Pflege den PatientInnen und deren Angehörigen viel Ärger erspart bleibt.

Zum optimalen Behandlungserfolg tragen aber auch viele KollegInnen bei, die sozusa-

gen hinter den Kulissen ihre Arbeit leisten. Vom technischen Personal bis hin zur zu den Reinigungskräften, Labor oder Verwaltung, Küche oder Botendienst, wenn nur in einem Bereich der sprichwörtliche Hund drinn ist, wird es problematisch. Und leider liegt auch hier der sprichwörtliche Hund im Managementbereich. Wenn dieses eng verzahnte Werk funktionieren soll, dann muss endlich der berühmte Sparstift bei jenen angesetzt werden, die die Menschen – ob Patienten oder Beschäftigte – im Gesundheitswesen nur als Kostenfaktor sehen. Es könnte ja durchaus sein, dass gerade dieses Denken zu so mancher Kostenexplosion beiträgt.

Fachkompetenz und Menschlichkeit

Grundvoraussetzung ist aber die beste Aus- und Weiterbildung in allen Bereichen. Fachkompetenz muss kombiniert werden mit Menschlichkeit, gegenseitiger Achtung und Wertschätzung für alle im Team. Und damit ist aber auch die Politik gefragt. Wer immer nur von Kosten, von Länder- oder Bundeskompetenz sowie von allem Möglichen redet, aber nicht von den Bedürfnissen der Menschen, von den Notwendigkeiten für ein erfolgreiches Arbeiten der Beschäftigten, verursacht in Wahrheit Kosten, und zwar völlig unnötige Kosten. Die könnten wir uns locker sparen. ■

Büchertipps

Hanna Mayer; Helga Zellhofer

Krebs (er)leben

Eine pflegewissenschaftliche Perspektive
352 S.; Facultas-Verlag; € 29,90
ISBN 978-3-7089-0603-4

Eine Sammlung ausgewählter wissenschaftlicher Abschlussarbeiten rund um das Thema Leben mit Krebs. Im Mittelpunkt steht die Bedeutung des Erlebens an Krebs erkrankt zu sein, jenseits der üblichen Fokussierung auf körperliche Symptome. Die Diagnosestellung als Eintritt in eine neue Realität, das Körperbild, das Selbstkonzept, die Rollenverschiebung, die Auseinandersetzung mit der eigenen Endlichkeit sind nur einige Themen, die darin angesprochen werden. Der spezielle Blickwinkel und die Einbettung in den pflegewissenschaftlichen Kontext ermöglichen nicht nur ein besseres Verständnis der Betroffenen, sondern auch die Ableitung pflegerischer Handlungsmöglichkeiten.

Katja Geuenich

Achtsamkeit und Krebs

Hilfen zur emotionalen und mentalen Bewältigung von Krebs
233 S.; Schattauer Verl.; € 25,70
ISBN 978-3-7945-2928-5

Krebs bedeutet eine existenzielle Krise für die Betroffenen, ihre Angehörigen und Freunde. Die Diagnose stellt alles in Frage und löst Unsicherheiten und Ängste aus: Wie geht es für mich weiter? Kann ich mein Leben noch selbstbestimmt führen? Wie reagiert mein Umfeld? Die Betroffenen müssen ihr Leben und ihren Alltag neu ordnen. Achtsamkeit, also die bewusste, nicht wertende Aufmerksamkeit im Hier und Jetzt, kann dabei Unterstützung geben. Sie hilft, Freiräume und Autonomie zu bewahren und eigene Bedürfnisse zu erkennen.

Weitere interessante Bücher finden Sie auf www.fgv.at



Martha Fleschur
stellvertretende
Bundesvorsitzende der ÖGB/
ARGE-FGV für Gesundheits-
und Sozialberufe

Soziale Dienste in Österreich



Dr. Tom Schmid
Institutsleiter der Sozialökonomischen
Forschungsstelle (SFS) in Wien.

In den fünfziger und sechziger Jahren waren die Sozialversicherungen die Taktgeber der sozialpolitischen Entwicklung, in den achtziger Jahren ist diese innovative Rolle auf die Arbeitsmarktpolitik übergegangen und heute finden sich der Großteil sozialpolitischer Innovationen – vom Herangehen über die Diagnostik bis zur Leistungserbringung – bei den Sozialen Diensten. Mit dem Rückzug der Gebietskörperschaften aus der Erbringung sozialer Dienste bei gleichzeitigem (bis heute ungebrochenem) Wachstum der Beauftragung und Finanzierung von sozialen Trägern kommt dieser Organisationsform in Wissenschaft und Praxis gesteigerte Aufmerksamkeit zu, auch weil in Österreich – im Gegensatz zu vielen anderen EU-Ländern – nach wie vor kaum marktorientierte private Träger beauftragt werden. Leistungsträger sind fast ausschließlich Träger des „Dritten Sektors“.



In den vergangenen Jahren sind die Sozialen Dienste selbst vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklung einem verstärkten Regulierungsdruck – auf nationaler, aber auch auf europäischer Ebene – unterzogen worden. Insbesondere das Vergaberecht hat die Träger Sozialer Dienste vor neue Herausforderungen gestellt und in einigen Bereichen eine Spirale der Fördererlöse nach „unten“ erzeugt. Aber auch die alte Form der Finanzierung, die Förderung, brachte und bringt Sozialen Diensten Probleme, insbesondere Probleme der Liquidität. Oft werden in der „Förderwelt“ ja Leistungen erst vergütet, wenn sie bereits erbracht worden sind, was das Problem der Vorausfinanzierung mit sich bringt. Wird die Dienstleistung durch einen Verein erbracht, erfordert das oft von Vorstandsmitgliedern komplizierte persönliche Aktionen (Haftung, Wechsel), um die Finanzierung zu sichern. Ebenfalls festzustellen ist in den letzten Jahren eine zunehmende Regulierung der Beschäftigungsverhältnisse. Hier hat der BAGS Kollektivvertrag, der binnen kurzen zum Leit-KV der gesamten Branche geworden ist, erhebliches geleistet. Mit dem BAGS KV, seiner Satzung auch auf Nichtmitglieds-Betrieben in diesem Bereich ist es gelungen, die einzelnen Berufe in diesem Bereich aufzuwerten, was vor allem den Frauen, die die überwiegende Zahl der MitarbeiterInnen Sozialer Dienste stellen, zugute kommt. Durch diese Regulierung der Arbeitsverhältnisse sind letztendlich auch die befürchteten negativen Auswirkungen der Ostöffnung des Arbeitsmarktes auf diesen Bereich nicht eingetreten. Der Band „Soziale Dienste in Österreich“ (Studienverlag 2013) arbeitet in umfassender und interdisziplinärer Weise die gegenwärtigen Aufgaben- und Problemstellungen, Herausforderungen und Potenziale Sozialer Dienste bei der Bewältigung sozialer Bedarfslagen auf. Dabei wird einerseits quer zu gesetzlichen Logiken (Sozialhilfe, Behindertenhilfe, Jugendwohlfahrt, Arbeitslosenversicherungsrecht) eine problemzentrierte Darstellung verfolgt, andererseits das rechtliche Regulierungs- und sozialplanerische Steuerungsinstrumentarium beleuchtet. Dieses Buch richtet sich sowohl an SozialarbeiterInnen und andere sozialpädagogische bzw. medizinische und pflegerische Berufsgruppen, aber auch an rechtskundlich Interessierte. Hier wird erstmals für Österreich eine strukturierte Gesamtschau des Wirtschaftszweiges „Soziale Dienste“ versucht.

und interdisziplinärer Weise die gegenwärtigen Aufgaben- und Problemstellungen, Herausforderungen und Potenziale Sozialer Dienste bei der Bewältigung sozialer Bedarfslagen auf. Dabei wird einerseits quer zu gesetzlichen Logiken (Sozialhilfe, Behindertenhilfe, Jugendwohlfahrt, Arbeitslosenversicherungsrecht) eine problemzentrierte Darstellung verfolgt, andererseits das rechtliche Regulierungs- und sozialplanerische Steuerungsinstrumentarium beleuchtet. Dieses Buch richtet sich sowohl an SozialarbeiterInnen und andere sozialpädagogische bzw. medizinische und pflegerische Berufsgruppen, aber auch an rechtskundlich Interessierte. Hier wird erstmals für Österreich eine strukturierte Gesamtschau des Wirtschaftszweiges „Soziale Dienste“ versucht.

Nikolaus Dimmel, Tom Schmid
Soziale Dienste in Österreich
218 Seiten, € 29,90, Studienverlag
ISBN 978-3-7065-5116-8

ÖGB/ARGE-FGV – für alle KollegInnen in den Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufen.

Die Arbeiterkammern vertreten die Interessen von mehr als drei Millionen ArbeitnehmerInnen. Die Arbeiterkammern haben Schlagkraft, verfügen über anerkannte ExpertInnen und bieten ihren Mitgliedern ein gutes Service. Eine Ausgliederung aus den AKs in eine weit kleinere Pflegekammer würde keine Stärkung, sondern eine Schwächung bedeuten. Zudem hätte es zur Folge, dass selbstständige und unselbstständig Beschäftigte aus dem Pflegebereich quasi als ein „Berufsstand“ in einer gemeinsamen Kammer organisiert wären – obwohl sie doch sehr unterschiedliche Interessen haben.

Zusammenhalt.



Es gibt viele Herausforderungen in unserer Branche. Sie reichen von Personalmangel und Überlastung der Beschäftigten bis hin zur Forderung nach besserer Entlohnung und nach mehr Geld für den Gesundheitssektor. Damit wir Verbesserungen erreichen, ist ein solidarisches Zusammenarbeiten nötig. Die vier Gewerkschaften, die die Beschäftigten in den Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufen vertreten – GPA-djp, vida, die GÖD und die GdG-KMSfB – arbeiten deshalb in der ARGE Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe zusammen.

Kürzere Arbeitszeit

– für alle Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe!



Willibald Steinkellner
stellv. Bundesvorsitzender der
ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe



Foto: © fotokalle - Fotolia.com

Die Arbeitszeiten in Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufen sind derzeit unterschiedlich geregelt. Die Kollektivverträge für ArbeitnehmerInnen der privaten Krankenanstalten sehen eine 40-Stunden-Woche vor, während ArbeitnehmerInnen in Betrieben des Pflege- und Betreuungsbereichs, in denen der BAGS-KV gilt, eine 38-Stunden-Woche haben.

notwendig sind. Außerdem können mittels Betriebsvereinbarungen durch so genannte Bereitschaftszeiten Arbeitszeiten von bis zu 25 Stunden am Stück und wöchentliche Arbeitszeiten bis zu 72 Stunden innerhalb eines Durchrechnungszeitraumes von 17 Wochen vereinbart werden.

Hohe Belastung

Im Krankenanstaltenarbeitszeitgesetz (KAAZG) ist noch die Möglichkeit einer Verlängerung der Tageshöchstarbeitszeit bis zu 13 Stunden und der höchstzulässigen Wochenarbeitszeit bis zu 60 Stunden festgeschrieben. Das gilt für Pflegepersonal, Ärzte und DienstnehmerInnen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes

Gesundheit leidet

Unregelmäßige Arbeitszeiten durch Überstunden, Schichtdienst, Dienstaustausch oder Einspringdienste sind im Gesundheits- und Sozialbereich nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Arbeits- und Freizeit sind dadurch kaum mehr planbar. Diese Belastung wirkt sich negativ auf die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen aus. Studien beweisen den Zusammenhang. Die Folgen reichen von

Schlafstörungen bis hin zu Herzbeschwerden. Krankenstände, Burn-out und Berufsunfähigkeit gehen damit einher.

Zu teuer?

Versuche, die Arbeitszeit im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen neu zu gestalten, führen bei den Arbeitgebern zum Abwehrreflex Nummer eins: alles zu teuer! Mehr Urlaub, um längere Erholungszeiten zu schaffen: zu teuer! Arbeitszeitverkürzung, um gesundheitliche Beeinträchtigungen zu vermeiden: zu teuer! Fortbildungszeiten, um Schulungen machen zu können: zu teuer! Aber wenn das alles zu teuer ist, wie schaut es dann mit Krankenständen, Burn-out und Berufsunfähigkeitspensionen aus, welche die Folge dieser Belastungen sind? Das kommt erst recht teuer!

Umdenken notwendig

Die Nachtarbeit wird zumindest für einige Bereiche als erschwerende Tätigkeit gewertet, die einen längeren Erholungszeitraum erfordert. Pro Nachtdienst gibt es zwei Stunden Zeitgutschrift. Das Nachtschichtschwerarbeitsgesetz sieht aber als Voraussetzung unter anderem vor, dass die Tätigkeit den Verbrauch von 2.000 Kalorien mit sich bringt, was für den Gesundheits- und Sozialbereich ein unzureichendes Kriterium ist. Hier braucht es neue Bewertungen. Die Arbeitszeiten sind neben anderen Bedingungen ein wesentlicher Faktor, ob Menschen im Arbeitsleben gesundheitlich auf der Höhe bleiben. Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe gehören sicher zu den Berufen mit hohen Belastungen. Forderungen nach mehr Erholungszeiten durch Arbeitszeitverkürzung oder mehr Urlaub sind daher mehr als berechtigt – angesichts des steigenden Bedarfs an Arbeitskräften im Gesundheits- und Sozialbereich und der Bevölkerungsentwicklung sind sie Gebot der Stunde.

GRATIS-Abo*

für Mitglieder der Gewerkschaften
GdG-KMSfB • GÖD • GPA-djp • vida

Senden Sie uns Ihre Kontaktdaten mit Namen, Postanschrift und Gewerkschaftszugehörigkeit per Mail an:

karl.pretebner@gdg-kmsfb.at

Das GRATIS-Abo ist gültig für 1 Jahr (4 Ausgaben)



Bei der Veranstaltung – »Das MAB-Gesetz und seine Auswirkungen auf andere Gesundheitsberufe« – hat uns die hohe TeilnehmerInnenzahl bestätigt, dass wir ein brisantes Thema aufgegriffen haben.

Andrea Wadsack



Das neue Medizinische Assistenzberufe-Gesetz (MAB-Gesetz) trat am 1. Jänner 2013 in Kraft. MitarbeiterInnen aus dem Wiener Krankenanstaltenverband (Wiener KAV) und externen Bereichen haben uns seither häufig kontaktiert. Sie hatten/haben einen großen Informations- und Diskussionsbedarf. Durch die Übergangsbestimmungen für den medizinischen Fachdienst (dMTF) ergaben sich zusätzliche komplexe Fragestellungen. Mit dem MAB-Gesetz wurde eine neue Ära eingeleitet, das MTF-Gesetz wurde nicht adaptiert und läuft somit aus. Deshalb ist es wichtig, dass der Übergang in eine teils neue berufliche Zukunft mit hoher Sensibilität und Wertschätzung vollzogen wird. Wir nehmen die Verunsicherung und die Ängste der KollegInnen ernst und verstehen vor allem die jungen AbsolventInnen der MTF-Schule und jene, die in speziellen Bereichen unter 30 Monate beschäftigt sind, wenn sie sich um ihre berufliche Zukunft Sorgen machen. Überwiegend bestehen große Bemühungen von Seiten der Vorgesetzten, gute Lösungen für die MitarbeiterInnen zu finden und wenn nötig, die hierfür jeweils notwendigen Maßnahmen zu setzen. Um ein Forum zur Artikulation für betroffene BerufskollegInnen zu bieten, haben wir am 23. 4. die Veranstaltung »Das MAB-Gesetz und seine Auswirkungen auf andere Berufsgruppen« organisiert. Es war eine Kooperationsveranstaltung zwischen Gewerkschaft der Gemeindebediensteten-Kunst-Medien-Sport, freie Berufe – Hauptgruppe 2 (GdG-KMSfB-HG2) und dem Fachausschuss für Gesundheitsberufe in der Arbeiterkammer (AK-FA). Die vielen (offen gebliebenen) Fragen und geäußerten Befürchtungen werden derzeit bearbeitet. Die KollegInnen werden die zugesagten Informationen, wie versprochen, bekommen. Bitte diesbezüglich

aber um Geduld, weil es ein sehr großer zusätzlicher Arbeitsaufwand für uns ist. Das Hauptreferat hat Frau Dr. Mechthild Hausreither vom BM für Gesundheit gehalten. Die PodiumsdiskutantInnen waren Moderatorin Mag. Fischl-Lubinger, Stadtphysikus Dr. Michael Banekovics, Prof. Dr. Günter Flemmich, Dr. Hausreither und Dir. Sauer. Es war ein aufregender lebendiger Nachmittag, wobei es sehr schwierig war, die gesamte komplexe Problematik darzustellen und verständlich zu erklären. Es gibt viel Positives, aber auch Konsequenzen, denn es



von links: Mag. Fischer-Lubinger, Direktor Sauer, Dr. Banekovics und Prof. Flemmich

gibt durchaus dMTF-KollegInnen, die ihren Einsatzbereich verändern müssen. Die Zahl derer ist aber überschaubar. Kritischer und beunruhigender ist die oft überzogene Auslegung des Gesetzes, wobei sehr oft Unsicherheit und Unklarheit die Ursache ist. Von Seiten des Personalgruppenausschusses für medizinisch technische Dienste (PGA-MTDG) weisen wir seit Jahren darauf hin, dass es mit dem Inkrafttreten des MAB-Gesetzes und den dazugehörigen Übergangsbestimmungen zu einem erhöhten Bedarf an RadiologietechnologInnen (RT) und Biomedizinischen AnalytikerInnen (BA) kommen wird. Die Studienplatzzahl wurde/ wird zusätzlich am FH Campus Wien den zu erwartenden Anforderungen entsprechend erhöht – eine prinzipiell positive Maßnahme – allerdings leider wieder einige Jahre zu spät!

Schlussfolgerungen

- Ziel der Veranstaltung war Information und Gedankenaustausch, das ist gelungen.
- Betroffene KollegInnen und Führungskräfte müssen weiterhin unterstützt werden. Das MAB-Gesetz, mit seinen teils unglücklichen Übergangsbestimmungen hat nämlich Folgen für MitarbeiterInnen und Auswirkungen auf Arbeitsabläufe. Abzuschätzende Realitäten wurden verdrängt und entsprechende Maßnahmen erst verzögert gesetzt. Somit wieder Zeit -/und Kraftressourcen vergeudet und MitarbeiterInnen demotiviert.
- Als GewerkschafterInnen appellieren wir eindringlich an das BM für Gesundheit, einige Übergangsbestimmungen noch einmal zu überdenken und so rasch als möglich die Verordnung herauszugeben, um die nächsten wichtigen Schritte setzen zu können (Fort-/Weiterbildungen; Ausbildungen ...).
- Die Diskussion um die Rehab-AssistentInnen sollte aus praktischen Gründen wieder aufgenommen werden und es ist notwendig, die Desinfektionsassistenz neu zu beleuchten.
- Die Finanzierung einer 3-spaltigen Ausbildung (MFA) in einer angemessenen Zahl (nachvollziehbare Erhebung) und nötige Umschulungen, Weiterbildungen etc. im Rahmen von Personalentwicklungsmaßnahmen ist ein wichtiger bildungspolitischer Schritt im Interesse der Allgemeinheit. Wir appellieren eindringlich an die jeweils Verantwortlichen, diese bedeutende Aufgabe weiterhin in öffentlicher Hand zu behalten und die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Ziel ist, dass wir, alle Herausforderungen betreffend, praktikable und von Verantwortung und Menschlichkeit getragene Realitäten schaffen, die eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung auch zukünftig ermöglichen.

Papst Franziskus gegen Tyrannei der Märkte

Johann Hable

Papst Franziskus hat eine Reform der internationalen Finanzmärkte gefordert. Eine uneingeschränkte Freiheit der Märkte und Spekulationen ohne staatliche Kontrollen führten zu einer „neuen, unsichtbaren Tyrannei“, die erbarmungslos ihre eigenen Regeln durchsetze, sagte Franziskus am Donnerstag im Vatikan. Die Folge sei, dass die Gewinne einer Minderheit um das Vielfache in die Höhe stiegen, während die Mehrheit ärmer werde. Die Politiker rief Franziskus zu einer „mutigen Änderung“ ihres Verhaltens auf. Nur so sei eine ethisch verantwortbare Reform der Finanzmärkte möglich, sagte er vor mehreren neuen Botschaftern, die ihm ihren Antrittsbesuch abstatteten. Zugleich prangerte der Papst Profitgier und Konsumrausch als die eigentlichen Ursachen der Finanzkrise an. Heute herrschten oft ein „Fetischismus des Geldes“ und eine inhumane „Diktatur der Ökonomie“ vor. Es handle sich um einen „neuen Tanz um das Goldene Kalb“, wie er in der Bibel geschildert werde. Hinter einem solchen Verhalten stehe letztlich die Ablehnung jeglicher Ethik und Gottes selbst. Die Finanzkrise sei im Kern eine Krise des Menschenbildes. Der Mensch werde zum Konsumenten degradiert, der Waren verbräuche, und sei selbst nicht mehr die oberste Richtschnur des Handelns. An seine Stelle seien Geld und Konsum als neue Idole getreten.



Copyright: Photographic Service L'Osservatore Romano

Durch Verschuldung und Kredite gehe in vielen Ländern die Bindung an die reale Wirtschaftskraft verloren, sagte Papst Franziskus weiter. Die Bürger dieser Länder verlor den Blick für ihre tatsächliche Kaufkraft. Zusätzlich verschlimmert werde die Situation durch Korruption, die sich „wie Tentakeln“ ausbreite, sowie durch egoistische Steuerhinterziehung. Der Papst wies zudem die Behauptung zurück, dass Solidarität und wirtschaftlicher Erfolg grundsätzlich unvereinbar seien. Eine Ethik, die frei von Ideologie sei, könne ein Gleichgewicht und eine soziale Ordnung herstellen, die menschlicher seien.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung

Schluss mit Abzocke der Sparer!

Johann Hable

Wie erst kürzlich bekannt wurde fordern einige Repräsentanten des österr. Bankensektors eine Beteiligung aller Bankkunden im Ausmaß von 10 bis 15% jenseits der Einlagensicherung von 100.000 Euro ein. Grundsätzlich soll auf den Unterschied zwischen Spareinlagen und Aktieninvestitionen hingewiesen werden, bei einer Spekulation mit Aktien ist der Aktionär am Gewinn und

Verlust beteiligt, der Sparer jedoch nicht. Banker, welche die Einlage österreichischer Sparer rechtswidrig zur Spekulationen in Osteuropa verwenden und dann verlieren, sollten entsprechend den Regelungen des Strafgesetzes (fahrlässige Krida) zur Haftung herangezogen werden. „Schluss mit diesen Ankündigungen, die nur zur Verunsicherung der Sparer beitragen. Hände weg von den Ersparnissen!“

Johann Hable stellvertretender Bundesvorsitzender der ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe



„Gehaltsverhandlungen“ Völlig unverständlich die Reaktion der zuständigen Bundesministerin Heinsch-Hosek zu den Gehaltsverhandlungen 2014. Auch Bundeskanzler Faymann und Vizekanzler Spindelegger lehnen die Verhandlungen strikt ab. Die Bundesregierung versucht uns mit 1% + 0,5% für kleinere Einkommensbezieher abzuspeisen und verweist uns auf den letzten Abschluss für 2013, der schon für 2 Jahre gewesen sein soll.

Nicht mit uns!

Wir weisen die einseitige Ablehnung der Gehaltsverhandlungen für 2014 ab und werden keinesfalls einen weiteren Konsolidierungsbeitrag akzeptieren. Der Staat selbst reiht sich in die Reihe der Preistreiber ein, wie z.B. mit den Vignetten, empfindliche Erhöhung für Verkehrsübertretung, der Staat setzt auch keine wirksamen Maßnahmen bei der Preiserhöhung unseres Lebensstandards (z.B. Grund-Nahrungsmittel, niedrige Zinsen auf Sparbücher). Einerseits wird fleißig abkassiert, andererseits sind keine entlastende Maßnahmen bei den ArbeitnehmerInnen zu sehen, diese werden durch wesentliche Mehreinnahmen bei der Lohnsteuer zusätzlich belastet. Es ist kein Wunder, das unsere Mitglieder darüber sehr verärgert sind und uns dringend auffordern mit allen Nachdruck eine ordentliche Gehaltserhöhung durchzusetzen. Unsere KollegInnen sind kampfbereit. Als Vorsitzender der BV 09 in der GÖD, fordere ich die Treue der Regierenden gegenüber den Bediensteten ein, denn mit Ende September 2014 wird der Nationalrat neu gewählt, daher ist es mehr als logisch, dass wir noch vor den Wahlen eine entsprechende Anerkennung und Würdigung unserer Arbeit erfahren.

ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe: Konstituierung der Beiräte

Karl Preterebner

Der Bundesbeirat der ÖGB/ARGE Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe hat sich konstituiert. Josef Zellhofer wurde als Vorsitzender wiedergewählt und als Beiratsmitglieder wurden für die kommenden vier Jahre Martha Fleschur (GPA-djp), Johann Hable (GÖD) und Willibald Steinkellner (vida) bestellt. Als Bundessekretär fungiert weiterhin Karl Preterebner. Die Konstituierung der Landesgruppen fand ebenfalls statt, nachfolgend die gewählten Landesbeiräte und deren Vorsitzende.



von links: Martha Fleschur,
Johann Hable, Willibald Steinkellner
und Bundesbeirat-Vorsitzender Josef Zellhofer

Landesbeiräte und Bundesbeiräte der ÖGB/ARGE-FGV

Burgenland

Vorsitzender:
Alfed Peterszel – GÖD
Tel. 0664 - 5137505
pete123@medionmail.com



StellvertreterInnen:
Erika Dinhof – GPA-djp
Martina Biricz – GdG-KMSfB
Rosemarie Schnabl – vida

Kärnten

Vorsitzender:
Martin Karpf – GÖD
Tel. 0650 - 7576010
martin.karpf@aon.at



StellvertreterInnen:
Valid Hanuna – GPA-djp
Silvia Joham – GdG-KMSfB
Theresa Marschnig – vida

Tirol

Vorsitzender:
Bertram Siegele – GÖD
Tel. 0680 - 2160338
bertram.siegele@uki.at



StellvertreterInnen:
Christian Werth – GPA-djp
Wolfgang Schöpf – GdG-KMSfB
Ambros Knapp – vida

Oberösterreich

Vorsitzender:
Branko Novakovic
– GdG-KMSfB
Tel. 0680 - 3027721
branko.novakovic@akh.linz.at



StellvertreterInnen:
Martha Fleschur – GPA-djp
Johann Hable – GÖD
Sonja Reitinger – vida

Salzburg

Vorsitzender:
Ronald Seitlinger – GÖD
Tel. 0662 - 4483 - 56521
r.seitlinger@salk.at



StellvertreterInnen:
Hans-Peter Grandenti – GPA-djp
Rupert Gruber – GdG-KMSfB
Christian Freisinger – vida

Steiermark

Vorsitzender:
Beatrix Eiletz – GPA-djp
Tel. 0676 - 870836357
beatrix.eiletz@stmk.volkshilfe.at



StellvertreterInnen:
Josef Schneidhofer – GÖD
Brigitte Raska-Lang – GdG-KMSfB
Waltraud Nutz – vida

Niederösterreich

Vorsitzender:
Karl Streicher – GÖD
Tel. 0664 - 3819882
Karl.Streicher@waidhofen-
ybbs.lknoe.at



StellvertreterInnen:
Gabriele Mechtler – GPA-djp
Alexandra Slama-Zeller – GdG-KMSfB

Vorarlberg

Vorsitzender:
Kurt Dietrich – GdG-KMSfB
Tel. 05572 - 303 - 1900
kurt.dietrich@dornbirn.at



StellvertreterInnen:
Sabine Wittmann – GPA-djp
Peter Vaschauner – GÖD

Wien wird durch das Bundessekretariat betreut – Tel. 01 - 31316 - 83661
karl.preterebner@gdg-kmsfb.at

Bundesbeirat

Vorsitzender:
Josef Zellhofer – Tel. 01 - 40400 - 1390
josef.zellhofer@akhwien.at

StellvertreterInnen:
Martha Fleschur – GPA-djp
Johann Hable – GÖD
Willibald Steinkellner – vida



Den Beschäftigten in den oberösterreichischen Ordensspitäler reichte es! Gefordert war ohnehin nur die Abgeltung der Inflation oder optional eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 39 Stunden. Bei den seit Mitte Oktober 2012 dauernden Kollektivvertragsverhandlungen wurden die Angebote der Arbeitgeber von Mal zu Mal mickriger! Die Arbeitgeberseite bot 1% Lohn- und Gehaltsanpassung (die uns im Jahr zuvor ohne Deckelung vorenthalten wurde), jedoch maximal 20 Euro. Am 20. Februar 2013 kam es zum 1. mehrstündigen Warnstreik in allen 8 Ordensspitälern Oberösterreichs.

Branko Novakovic

Dann mischte sich die Landespolitik, in der Person des Herrn Landeshauptmanns mit seinem Beraterstab in unsere Verhandlungen. Das Angebot, dass er uns dann offerierte, hätte allerdings zur Folge gehabt, dass mit Kürzungen der Überstundenvergütung, Aliquotierung der Rufbereitschaftszulage und einer Ausweitung des Durchrechnungszeitraumes auf 1 Jahr, die Kolleginnen und Kollegen für diese Arbeitszeitverkürzung bezahlt hätten. Neben unzähligen Betriebsratskonferenzen, Betriebsversammlungen, Pressekonferenzen fand dann am 13. März 2013 der 2. Warnstreik ganztätig statt. Gleich am übernächsten Tag gab es dann die Wiederaufnahme der Gespräche. Geboten waren immer noch die 1% Lohnanpassung und zusätzlich eine Bonusstunde pro 48

gearbeiteter Stunden. In den Abstimmungen bei den in etwa 10.000 Beschäftigten stimmten 66% für die Annahme dieses Angebotes.

Betriebsrat-Award in der Kategorie Widerstand

Am 15. Mai 2013 fand nun die Verleihung des Betriebsrats-Award in Oberösterreich in den Kategorien Neugründung, Zuwachs, Solidarität und Widerstand statt. Die BetriebsrätInnen der oö. Ordensspitäler erhielten den 1. Preis in der Kategorie Widerstand! Der Preis gebührt aber allen, die in dieser Zeit solidarisch mit der Gewerkschaft vida und ihren BetriebsrätInnen waren! Danke für die Unterstützung!



Übernahme des Betriebsrats-Award (v.l.):
Christian Ludwig, Karin Brenner, Herbert Pamer,
Sonja Reitinger, Veronika Szücs und Erwin Deiker



von links: Mag. Helmut Freudenthaler,
Branko Novakovic, Veronika Bruckmüller,
Anna Wall-Strasser und Horst Muhr

„Tag der Pflegenden“

Branko Novakovic

Der heurige Tag der Pflegenden begann mit der Ehrung von Eva Pühringer, Eva Kuri, Dir. Martha Böhm und Veronika Brückmüller, Persönlichkeiten, die diese alljährliche Fort- und Weiterbildungsveranstaltung ins Leben gerufen haben. Über 300 TeilnehmerInnen, hauptsächlich aus verschiedenen Pflegeberufen, nahmen an der 15 jährigen Jubiläumsveranstaltung teil. Der Vorsitzende der ÖGB/ARGE-FGV in OÖ Branko Novakovic, die Vorsitzende des Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbandes Ursula Frohner und der Präsident der OÖ Arbeiterkammer Dr. Johann

Kalliauer waren sich einig, dass das gerade in Begutachtung befindliche Gesundheitsberuferegister-Gesetz schon überfällig ist und unbedingt kommen muss. Novakovic ist der Meinung, dass die Finanzierung unseres Gesundheitssystems ein gesellschaftliches Problem der Wertigkeit ist: „Österreich von Osten nach Westen über eine neue dreispurige Autobahn ist super, auch Musiktheater brauchen wir. Eine ordentlich bezahlte Pflege und 11.000 zusätzliche Pflegekräfte, damit wir uns zumindest im europäischen Durchschnitt wiederfinden, müssten uns mindestens genauso viel Wert sein“.



Beatrix Eiletz
Vorsitzende ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe
Landesvorstand Steiermark

„ **PrüfungsbeisitzerInnen**

Die ÖGB/ARGE-FGV Landesgruppe Steiermark organisierte mit dem Arbeitskreis für Sozial- und Gesundheitsberufe der AK Steiermark am 21. März das 2. Jour fixe für PrüfungsbeisitzerInnen an Schulen für Gesundheitsberufe. Prüfungskommissionen bestehen meist aus sechs Mitgliedern. Ein Mitglied davon wird auf Vorschlag der ÖGB/ARGE-Fachgruppe für Gesundheits- und Sozialberufe von der Arbeiterkammer nominiert. Zu den Aufgaben bestellter BeisitzerInnen zählt insbesondere die Wahrung der Schülerinteressen während der (Diplom)Prüfung. Das Jour fixe dient dem Erfahrungsaustausch und ging auf aktuelle Fragestellungen in Zusammenhang mit Diplom- bzw. Abschlussprüfungen ein. Die Themen waren durchaus brisant. Neben einer rechtlichen Analyse von Mag. Alexander Gratzner zum Thema „Nicht genügend und seine Folgen“ konnte Frau Mag. Waltraud Wiener für einen Fachvortrag zum Thema „Konflikte in Prüfungssituationen“ gewonnen werden. Prüfungen sind für SchülerInnen meist eine besondere Stress- und damit Ausnahmesituation. Bei der Tätigkeit als PrüfungsbeisitzerIn ist es daher nicht nur hilfreich, über das Prüfungsrecht Bescheid zu wissen, sondern auch über oft unscheinbare Begleitumstände und Zusammenhänge in der Wahrnehmung und Kommunikation des Prüfungskandidaten. Diese können letztendlich maßgeblich für das Prüfungsergebnis sein. Ein Tagesordnungspunkt war dem Erfahrungsaustausch der TeilnehmerInnen gewidmet. Die Möglichkeit sich aktiv einzubringen wurde wohlwollend aufgenommen und war letztendlich auch Voraussetzung für eine sehr rege geführte Diskussion.



Länder und Krankenkassen sollen gemeinsam ab 2014 die Versorgungspläne und finanzieren. Die Erkrankten sollen von nun an dort behandelt werden, wo es für sie am besten ist. Ziel der Reform sind Kostendämpfungen vor allem im Spitalsbereich durch neue Strukturen wie die Stärkung der niedergelassenen Ärzteschaft, um die Ambulanzen und den stationären Bereich in den Spitälern zu entlasten. Die öffentlichen Gesundheitsausgaben sollen nur noch um 3,6% – und damit nicht mehr stärker als das Wirtschaftswachstum – steigen. Angepeilt ist, dass die Ausgaben 2016 um 3,4 Mrd. € geringer wachsen als ohne Reform (2,058 Mrd. € Länder, 1,372 Mrd. € Sozialversicherung). Doch unbeeindruckt von Reformplänen wird

in den Bundesländern kräftig in die Krankenhäuser investiert. Allein heuer stecken die Landeskliniken rund 900 Mio. € in Ausbauten, Zubauten und Modernisierungen, ergab ein healthconomy-Rundruf in den Ländergesellschaften. Massiv investiert wird weiterhin in Niederösterreich und in der Steiermark. Das Land Niederösterreich investiert heuer 230 Mio. € in die Landeskliniken, das gesamte Ausbauprogramm umfasst ein Bauvolumen von mehr als zwei Mrd. € bis 2023. Die steirische KAGes wiederum gibt rund 100 Mio. € für Zu-, Um- und Neubauten aus, die größten Programme dabei sind der Umbau des LKH Leoben und das Investprogramm LKH 2020.

Quelle: Healthconomy.com

Pflegefreistellung NEU: Erweiterter Anwendungsbereich

Mit dem Sozialrechtsänderungsgesetz 2012 hat der Gesetzgeber das Rechtsinstitut der Pflegefreistellung modernisiert: Auf Initiative des ÖAAB hat der Gesetzgeber das Recht auf Pflegefreistellung, d.h. Freistellung im Fall der notwendigen Pflege und Betreuung eines Kindes, von den leiblichen Kindern, Wahl- und Pflegekindern nun ausdrücklich auch auf die leiblichen Kinder des anderen Ehegatten, eingetragenen Partners oder Lebensgefährten ausgedehnt. Eine weitere Neuerung betrifft die nunmehr mögliche Pflegefreistellung für die Begleitung eines Kindes bei einem stationären Krankenhausaufenthalt. Diese ist nach der neuen Rechtslage unabhängig von Art und Schwere der Erkrankung des Kindes



Christine Vierhauser
Vorsitzende des Zentral-Betriebsrates der Salzburger Landeskliniken GmbH

für alle noch nicht zehnjährigen Kinder gesetzlich vorgesehen. Bisher war für diesen Fall eine Pflegefreistellung grundsätzlich nicht vorgesehen. Die neuen Bestimmungen über die Pflegefreistellungen gelten seit 1. Jänner 2013. Sie erweitern den Anwendungsbereich der Pflegefreistellung auf Patch-work-Familien und Krankenhausaufenthalte von unter zehnjährigen Kindern.

Schutz vor Mobbing und Diskriminierung

Wolfgang Thallner
Vorsitzender der ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe Landesvorstand Kärnten

Mobbing begleitet uns immer wieder in unserer Arbeit als Betriebsrat und Gewerkschaftsfunktionär. KollegInnen klagen über Vorfälle, in denen sie sich gemobbt fühlen bzw. gemobbt werden. Diese heikle Thema darf uns nicht zu heiß sein, wir wollen vor allem aufzeigen, was Mobbing ist und auch Präventionen bekannt machen. Es ist bekannt, dass die Gewerkschaften kostenlose Mobbingberatungen anbieten. Wichtig ist, dass wir alles unternehmen, um wertschätzend miteinander umzugehen. Ein gutes Arbeitsklima ist die Voraussetzung, dass Mobbing verhindert wird bzw. gar nicht aufkommt. Laut einer Studie „Mobbing im öffentlichen Dienst“ (IBG, Wien 2009) fühlen sich sieben Prozent der Befragten betroffen. Umgelegt auf den Personalstand der Finanzverwaltung bedeutet dies, dass zu jedem Zeitpunkt mehrere hundert KollegInnen berührt werden. Eine weitere wesentliche Erkenntnis dieser Studie ist, dass „Mobbing von Führungskraft zu MitarbeiterInnen“ gefolgt von „Mobbing auf gleicher Hierarchieebene“ am häufigsten vorkommt. Am geringsten wird „Mobbing von MitarbeiterInnen zu Führungskraft“ wahrgenommen. Die häufigste Konsequenz für Mobbingbetroffene ist die Zuweisung eines anderen Arbeitsplatzes oder die Versetzung in eine andere Dienststelle, während es für den Mobber vielfach keine Konsequenzen gibt.



Mobbingprävention gut Fuß fassen kann, müssen Betriebsräte gut informiert sein. Eine weitere wichtige Zielgruppe der Mobbingprävention bzw. -intervention sind ArbeitsmedizinerInnen, ArbeitspsychologInnen und Sicherheitsfachkräfte. Personal- und BehindertenvertreterInnen brauchen entsprechendes Fachwissen, um Betroffenen Maßnahmen der Unterstützung anbieten zu können. Zu Beginn der Beratung ist es wichtig, dass jemand da ist, der dem Betroffenen zuhört. Später setzt eine genaue Analyse des Geschehens ein und manchmal eine entsprechende psychotherapeutische und eventuell auch rechtliche Beratung und Begleitung. Nur wenn nach der persönlichen eine organisatorische Veränderung der Arbeitsplatzsituation einhergeht, lässt sich Mobbing wirkungsvoll abstellen.

Foto: © Robert Kneschke - Fotolia.com

Prävention und Intervention

Unter Prävention im engeren Sinne sind Maßnahmen gemeint, die gesetzt werden, bevor Anzeichen von Mobbing überhaupt sichtbar werden und die Mobbing vermeiden sollen. Alle Maßnahmen, die Sicherheit und Wohlbefinden am Arbeitsplatz fördern und Ängste minimieren, reduzieren gleichzeitig die Risikofaktoren für Mobbing. Damit

Information
Immer aktuell:
Informationen, Termine und Schulungsangebote auf www.fgv.at



Karl Horvath
Betriebsrats-Vorsitzender des Landeskrankenhauses Oberpullendorf

„ **Familie ist mir wichtig**

Als Mitglied des Vorstandes der Bundesfachgruppe darf ich auf eine Erneuerung mit Wirksamkeit September 2013 aufmerksam machen. Die Harmonie zwischen der jungen und älteren Generation muss gefördert werden. Die Regierungsparteien haben diese Förderung zum Ausdruck gebracht, indem sie die Familienbeihilfe als Möglichkeit der Direktzahlungen an Volljährige mittels Gesetzesbeschluss ermöglicht haben. Laut der Novelle des Familienlastenausgleichsgesetzes sollen Volljährige, für die noch die Unterhaltspflicht besteht, ab 1. September 2013 beantragen können, die Beihilfe auf ihr eigenes Konto zu erhalten. Die notwendige Zustimmung ermöglicht Studierenden, sich ihrer steuerlichen und unterhaltsbezogenen Situation bewusst zu werden. Diese Reform fördert damit die Eigenverantwortung und Selbstständigkeit junger Menschen. Eine Sonderlösung gibt es für 17-jährige Lehrlinge, für die Eltern eine Direktauszahlung beantragen können. Aktuell erhalten 18-jährige € 130,90 Familienbeihilfe pro Monat, ab dem 19. Lebensjahr sind es € 152,70. Dazu kommt noch die Geschwisterstaffel, die im Fall einer Direktauszahlung nicht als Gesamtsumme an die Eltern, sondern aufgeteilt auf die einzelnen Geschwister aufgezahlt werden wird. Anspruch auf diese Leistungen besteht im Fall einer Ausbildung bis zum 24., in Ausnahmefällen bis zum 25. Lebensjahr. Wer sich die Familienbeihilfe ab dem 1. September direkt auszahlen lassen will, muss lediglich einen Überweisungsantrag beim zuständigen Finanzamt stellen. Voraussetzung ist aber eine Zustimmung der Eltern bzw. Anspruchsberechtigten.

Blockade beendet – Aufwertung der Gesundheitsberufe

Johann Hable

Vor Kurzem hat der Gesundheitsausschuss des Nationalrates den Weg freigemacht für die Registrierung der Angehörigen der nichtärztlichen Gesundheitsberufe. Bisher wurde EU weit registriert, nur nicht in Österreich.

„Endlich haben wir durch diesen Beschluss auch bei den Gesundheitsberufen den Anschluss auf Europa vollzogen.“ meint Johann Hable, Vorsitzender in der GÖD für Gesundheits- und Sozialberufe. „Die nicht ärztlichen Gesundheitsberufe werden zu wenig geschätzt, die Politik hat nunmehr gehandelt, sodass wir in dieser Frage vom Schlusslicht Europas weggekommen sind.“

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte ist nunmehr beauftragt die Registrierung durchzuführen, in letzter Minute haben wir eine Aufwertung des Beirates erreicht.

Nicht einsam sondern gemeinsam werden die Gewerkschaften und die Berufsverbände im Beirat zusammenarbeiten und vorbereit-

en. Die Arbeiterkammer führt dann die Registrierung durch.

Auch die Vertiefung der Fortbildungen des Gesundheitspersonals wird in diesem Gesetz als sehr wichtig festgelegt. Es ist unabdingbar, dass eine Qualitätsarbeit, die das Gesundheitspersonal leistet, durch verstärkte Fortbildung gesichert wird.

Nach vielen Jahren unermüdlichen Strebens durch die Gewerkschaft und der Berufsverbände, soll nun endlich ein öffentliches Register für nicht ärztliche Gesundheitsberufe erfolgen.

Die Vorteile liegen auf der Hand, sowohl Patienten als auch Berufsangehörige haben Einblick in die Qualifikation der behandelnden Gesundheitsberufe durch ein öffentliches Register.

Die Berufsangehörigen erhalten auf Wunsch einen Ausweis den sie gegebenenfalls dem Patienten vorweisen können. In diesem Ausweis sind neben den Daten zur Person auch

die Art der Berufsausübung, Fort- Weiter- und Sonderausbildungen festgehalten.

Die regelmäßige Fortbildung sowie deren Kontrolle durch qualifizierte Experten der Arbeiterkammer ist gesichert. Über 90 Servicestellen der Arbeiterkammer bundesweit garantieren die umfassende Betreuung der Berufsangehörigen.

Die Arbeiterkammer hat in den letzten Jahren ihr verstärktes Augenmerk auf nicht ärztliche Gesundheitsberufe gerichtet und vielfältige Fortbildungen organisiert, sowie die berufspolitische Unterstützung bei der Entwicklung neuer Berufsrechte gewährleistet.

Die Arbeiterkammer hält die Registrierungsgebühren sehr sehr niedrig, sodass die betroffenen KollegInnen im Wesentlichen nicht zur Kasse gebeten werden. Ein weiterer Vorteil ist, ein niedriger Verwaltungsaufwand durch regionale Registrierung.

Wir freuen uns über die Erfolgsgeschichte! ■



Eduard Böhm

Weinviertelklinikum Mistelbach
Mitglied der engeren
Bundesvertretung

Medizinuni in jedem Bundesland

Derzeit werden in Wien, Graz und Innsbruck sowie teilweise in Salzburg (Privatuni) Ärzte ausgebildet.

Neben der viel diskutierten „Medizin Fakultät“ in Linz sind dabei die „Karl Landsteiner Privatuni für Gesundheitswissenschaften“ in Krems und ein Ableger der Sigmund Freud Privatuni in Kärnten im Rennen.

Darüber hinaus gibt es Pläne für eine länderübergreifende Ärzteausbildung zwischen Tirol, Südtirol und dem Trentino in einer „Medical School“ in Bozen; beste Chancen auf Realisierung haben derzeit Linz und Krems.

An den drei bestehenden öffentlichen Medizinunis studieren derzeit rund 14.000 Personen, pro Jahr werden insgesamt 1500 Anfänger für das Medizin Studium zugelassen. An der PMU mit knapp 650 Studenten werden jährlich 50 Personen für das Me-

dizin Studium aufgenommen. Neben dem klassischen Medizin Studium bieten alle Unis auch andere Studien wie Medizinische Informatik oder Pflegewissenschaften an. Ab Herbst 2013 soll in Krems die „Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften“ ihren Betrieb aufnehmen. Im Endausbau sollen 500 Studenten Platz finden. Erstmals soll in Österreich die Humanmedizin Ausbildung nicht über ein Diplomstudium (Abschluss mit Doktor) erfolgen, sondern über einen Master Abschluss, wobei im Endausbau mit jährlich 70 Absolventen gerechnet wird.

Werden alle Pläne umgesetzt, würden am Schluss nur noch mehr Vorarlberg und das Burgenland ohne Ausbildungsstätte im eigenen Bundesland dastehen. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass es nicht nur beim ärztlichen Personal,

sondern auch in der Pflege einen großen Personalmangel gibt, der immer heftiger wird.

Was für die Ärzte die Medizinuni ist, muss auch für das Pflegepersonal die FH sein.

Die Bundesländer werden aufgefordert, pro Bundesland mindestens eine FH Ausbildungsstätte für die Ausbildung von qualifizierten Pflegepersonal zu schaffen. Der Zusammenarbeit zwischen den vielen Berufsgruppen in unseren Gesundheitseinrichtungen muss Rechnung getragen werden.

Die multiprofessionelle Zusammenarbeit in unseren Spitälern setzt eine zeitgemäße, moderne Ausbildung für alle Berufsgruppen voraus. ■

6. Urlaubswoche

für das Personal in den Gesundheits- und Sozialeinrichtungen

Johann Hable

Als Vorsitzender der Bundesvertretung 09 in der GÖD, Gesundheits- und Sozialberufe trete ich für die ehestmögliche Anhebung des Urlaubs auf mindestens 6 Wochen für alle im Gesundheitsbereich Tätigen ein.

Die Produktivität der ArbeitnehmerInnen ist in den letzten zwanzig Jahren in Österreich erheblich gestiegen und ist jetzt auf dem Spitzenplatz in Europa, auch die Lebensarbeitszeit unter Berücksichtigung der Überstunden ist in Österreich höher als in den nordischen Staaten. Vor allem im Gesundheitswesen sind Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen exorbitant hoch.

Durch die Senkung der Verweildauer in den Gesundheitseinrichtungen gibt eine wesentliche Verdichtung des Arbeitseinsatzes. (Volles Programm – z.B. früher 8 Tage Aufenthalt im Krankenhaus, werden jetzt in 5 Tage Aufenthalt untergebracht).

Die zusätzliche Belastung durch Tag-/Nachtdienst, Sonn- und Feiertagsdienst und zum Wochenende selten frei, rechtfertigt eine 6. Urlaubswoche. Dazu kommt noch, dass wegen akuten Personalmangels Personal in der eigentlichen Freizeit mehrmals zusätzlich zum Dienst eingeteilt wird.

Mehr Zeit für die Familie um Kraft zu tanken für die Herausforderungen der Bediensteten in den Gesundheits- und Sozialberufen



Das Personal wird nicht aufgestockt, wo es nötig ist, wichtige Stellen aus rein ökonomischen Gründen nicht nachbesetzt, die Arbeitstätigkeit verdichtet und Burn-out-Gefahr verstärkt. Schon bei der Implementation des Urlaubsgesetzes wurde darauf hingewiesen, dass Urlaube zur Regeneration der Arbeitnehmer nötig seien, alle wissenschaftlichen Studien verweisen darauf, dass Urlaub am Stück mindestens drei Wochen dauern muss, um den nötigen Erholungsfaktor zu erzielen.

Darum fordern wir die unmittelbare Umsetzung der 6. Urlaubswoche, noch in dieser Legislaturperiode, jede Verschiebung verschlechtert die gesundheitliche Situation unseres Personals. ■

Information

Falkensteiner Hotel Grand Spa Marienbad

Wo einst Dichter und Könige ein und aus gingen, spürt man auch heute noch die große Historie des Falkensteiner Hotel Grand Spa Marienbad.



Die gelungene Symbiose aus geschichtsträchtiger Vergangenheit und modernem Gesundheitshotel machen das Vier-Sterne Haus zum Leitbetrieb Marienbads. Ein ärztliches Kompetenzteam und bestens ausgebildete Therapeuten stimmen das persönliche Programm der Gäste individuell ab. Mit einem maßgeschneiderten Gesundheitsangebot auf Basis der Heilkraft des Wassers in der hauseigenen Alexandra Quelle werden Wohlbefinden und innere Balance wieder erlangt. Die Mineralquelle wurde bereits 1873 entdeckt und wird heute im Falkensteiner Hotel sowohl für Trinkkuren als auch Badeanwendungen im 2.500 m² großen Acquapura SPA mit Pool- und Saunalandschaft genutzt.

Zum ganzheitlichen Wohlbefinden leistet aber auch die richtige Ernährung einen wesentlichen Beitrag. Nur wer gut und bewusst isst, fühlt sich rundum wohl. In der ganzheitlichen Wohlfühl-Philosophie des Falkensteiner Hotel Grand Spa Marienbad spielt die Ernährung deshalb auch eine zentrale Rolle. Gesund bedeutet aber nicht immer gleich Verzicht, im Gegenteil. Im Restaurant des Hotels Grand Spa Marienbad werden die Urlauber nach allen Regeln der Kochkunst verwöhnt. Ob Schonkost oder internationale Spezialitäten, das Kulinarik-Team bereitet den Urlaubern wohlschmeckende Köstlichkeiten zu.

Verbindet man diese böhmisch inspirierten Falkensteiner Alpen-Adria Kulinarik mit der gesunden Entspannung im Acquapura SPA, der idyllischen Natur und den rund sechs Golfplätzen in der Nähe steht einem natürlichen Wohlfühl-Erlebnis nichts mehr im Weg.



Weitere Informationen unter
www.marienbad.falkensteiner.com

HIER BILDEN SICH NEUE PERSPEKTIVEN



Sie arbeiten erfolgreich im Gesundheitsbereich und möchten Ihr Profil erweitern oder vertiefen? Profitieren Sie von der langjährigen Erfahrung des BFI Wien und wählen Sie aus einer großen Anzahl an Weiterbildungen und beruflichen Ausbildungen im Gesundheits- und Sozialwesen:

1. Diplomlehrgänge (BFI Wien Diplom)

- Seniorencoach
- Sozialbegleitung

2. Behördlich anerkannte Berufsausbildungen

- zum/r PflegehelferIn (Vollzeit und berufsbegleitend)
- zum/r medizinischen VerwaltungsassistentIn
- zum/r Ordinationsgehilfn

3. Behördlich anerkannte Fortbildungen für Angehörige der Gesundheits- und Pflegeberufe

- Deutsch für Pflege- und Gesundheitsberufe (Basis- und Fortgeschrittenkurse)
- Kommunikation in der Pflege – praktisches Training
- Interkulturelle Zusammenarbeit im Pflegealltag
- Einführung in die psychiatrische Gesundheits- und Krankenpflege
- Biografiearbeit
- Aggression und Gewalt in der Pflege von alten Menschen
- Sensible Kommunikation in der Pflege demenziell erkrankter, alter Menschen

Information und Anmeldung:

Online unter www.bfi-wien.at, per E-Mail an information@bfi-wien.or.at oder telefonisch unter 01/811 78/10100

BETRIEBSSERVICE

MITTEN IM LEBEN. MITTEN IM BETRIEB: UNTERSTÜTZEN WIR AUSZUBILDENDE* MIT EINEM KOSTENLOSEN KONTO.

SPEZIELL FÜR
PFLEGE-
BERUFE!

Wir stellen für alle Auszubildenden der Gesundheits- und Krankenpflege* ein kostenloses Konto für die Dauer der Ausbildung zur Verfügung:

- ▶ gratis Kontoführung*
- ▶ inklusive Buchungen
- ▶ gratis Maestro Bankomatkarte
- ▶ inklusive eBanking
- ▶ attraktive Zinsen
- ▶ Studenten Online Anlagekonto mit attraktiven Konditionen bis zu einer max. Einlagehöhe von € 5.000,-

*) Auszubildende der Gesundheits- und Krankenpflege erhalten für die Dauer Ihrer Ausbildung exklusiv die Konditionen der Studenten KontoBox der BAWAG P.S.K. Voraussetzung für die gratis Kontoführung bei der Studenten KontoBox ist ein positiver Kontostand, bei Inanspruchnahme der Einkaufsreserve wird neben den Zinsen ein Kontoführungsentgelt von € 3,28/Quartal verrechnet. Gilt nicht in Verbindung mit anderen Aktionen.



Ihr Mobiler Berater **Rudolf Gallei**
Telefon 0676 / 899 881 017
rudolf.gallei@bawagpsk.com

Mitten im Leben.
www.betriebsservice.at

 **BAWAG
PSK
Betriebsservice**